

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Bohndorf, Rüdlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudersdorf, Ortmanndorf, Rüssen St. Niklas, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Niedermühlen, Ruffshaukel und Tirschen

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 36.

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Mittwoch, den 14. Februar

62. Jahrgang.

Haupt-Vertriebsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1912

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. Abbestellungen nehmen außer der Expedition in Leipzig, Buchdruck Nr. 56, alle Verlagsbuchhandlungen, Postboten, sowie die Anträger entgegen. Rückzahlungen werden die Hauptzahlungsbedingungen mit 10 Pfg. bezugslos. Rückzahlung 50 Pfg. Bei unrichtigen Adressen kostet die zweifache Stelle 50 Pfg. Fernsprechkarte Nr. 7. Inseraten-Ankündigungen täglich bis Freitag vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Die für Mittwoch anberaumte Versteigerung

eines Wäschhofes hat sich erledigt.

Lichtenstein, den 13. Februar 1912.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

Donnerstag, am 15. Februar 1912.

nachm. 3 Uhr

sollen in Rüssen St. Niklas 6 Sack Roggenmehl öffentlich versteigert werden. Sammelort der Bieter im Gasthaus zum Reisterhaus in Rüssen St. Niklas. Lichtenstein, den 8. Februar 1912.

Der Gerichtsvollzieher des Agl. Amtsgerichts.

Das Wichtigste.

Die zweite sächsische Kammer beschäftigte sich mit Eisenbahn Angelegenheiten und anderen kleineren Vorklagen.

Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hat beschlossen, ebenfalls an der Präsidentenwahl am Mittwoch sich nicht mehr zu beteiligen.

In Reichenbach i. B. erschoss ein Kochmädchensgehilfe seine Frau und fünf Kinder.

Bei einem Zusammenstoß eines Belgrad-Budapester Personenzuges mit einem Lastzuge wurden zwei Personen schwer und 21 leichter verletzt.

Das Edikt über die Abdankung des Thrones in China und die Einsetzung der Republik ist am Montag in Peking amtlich veröffentlicht worden.

Im Besonderen des erkrankten Ministers Grafen Lehrenthal ist in den letzten Tagen eine Verschlimmerung eingetreten, die zu ernsten Besorgnissen Anlass gibt.

Der nach England geflüchtete Wilmshörsener Schuhmann Gauß ist wegen Diebstahls an Deutschland ausgeliefert worden.

Die deutsche Expedition vom Roten Kreuz hat das türkische Hauptquartier in Tripolis erreicht und begibt sich von dort nach Kay Serian.

Bei dem schon gemeldeten Grubenbrande auf der Rindrogrube bei Antonienhütte sind 6 Personen umgekommen. Die Katastrophe ist demnach nicht von so erschreckendem Umfange, wie gestern angenommen wurde.

Das Pantgeschäft Schrauer u. Förster in Bautzen hat die Zahlungen eingestellt. Die Verbindlichkeiten betragen etwa 4 Millionen Mark.

In der königlich bayerischen Porzellanmanufaktur in Nymphenburg brach Großfeuer aus, dem ein Magazin zum Opfer fiel.

Die Feister Maschinenfabriken haben die Kasiperrung von sämtlichen Arbeitern beschlossen.

Zur Präsidentenwahl im Reichstoge.

Die „Nationallib. Korresp.“ veröffentlicht folgenden von der nationalliberalen Reichstagsfraktion zur Frage des Präsidiums gefassten Beschluß:

Die nationalliberale Fraktion ist, wie aus ihren Kreisen bereits in der Sonntagsnummer der „Nationalliberalen Korrespondenz“ dargelegt worden ist, bei der Frage des Reichstagspräsidiums von vornherein davon ausgegangen, daß sie weder ausschließlich mit der Rechten, noch ausschließlich mit der Linken ein Präsidium bilden könne. Diesem Standpunkt entsprechend ist am 9. d. M. ein Präsidium gewählt worden, das nach Ansicht der Fraktion als ein reines Geschäftspräsidium deswegen am ehesten arbeitsfähig war, weil in ihm die beiden stärksten Parteien des Reichstages vertreten waren. Der Entschluß des Abgeordneten Dr. Spahn, aus diesem Präsidium auszuscheiden, hat die Sachlage so verändert, daß die nationalliberale Partei sich nunmehr außerstande sieht, sich an diesem Präsidium weiterhin zu beteiligen. Darum hat Prinz zu Schönau-Carolath es abgelehnt, für den freigewordenen Präsidentenposten zu kandidieren. Die Fraktion hat den Abgeordneten Dr. Paasche ersucht, das Amt des zweiten Vizepräsidenten niederzuliegen.

Der Beschluß wird damit begründet, daß die Nationalliberalen von Anfang an nichts von einem ausschließlichen Präsidium der Linken hätten wissen wollen, was den Eindruck erwecken könnte, als solle im Deutschen Reichstag der Großblock etabliert werden. Prinz

Schönau-Carolath wird eine etwa auf ihn fallende Wahl ablehnen. Ferner wird die Fraktion Herrn Paasche ersuchen, sein Amt als zweiter Vizepräsident niederzuliegen. Es ist bemerkenswert, daß die ganze Fraktion mit wenig Ausnahmen diesen Beschluß gefaßt hat, weil dadurch die in linksliberalen Blättern aufgestellte Behauptung widerlegt wird, daß es sich dabei um einen gegen den nationalliberalen Führer Bassermann gefaßten Beschluß handle. Diese überwiegende Majorität beweist ferner, daß Herr Bassermann sich ebenfalls zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß ein nur von Mitgliedern der Linken gestelltes Präsidium nicht wünschenswert ist und den Verhältnissen im Deutschen Reichstage nicht entspricht.

Dieser Beschluß der Fraktion bricht entschiedenweise zunächst mit dem Kurs der letzten Tage. Von hier bis zu der Erkenntnis, spätestens in vier Wochen mit den Parteien der Rechten ein Präsidium einer Arbeitsgemeinschaft — Rechte, Nationalliberale, Zentrum — zu wählen und auch mit dem Gedanken eines „taktischen“ Zusammengehens mit der Sozialdemokratie zu brechen, wird allerdings noch Ueberwindung kosten. Auch dieser Schritt muß noch getan werden, und zwar gerade im Interesse der nationalliberalen Partei.

Der Nationalliberale Reichsverein und das Reichstagspräsidium.

Am Abend des 12. Februar trat der Gesamtvorstand des Nationalliberalen Deutschen Reichsvereins zu Dresden zu einer Aussprache über die Vorgänge bei der Bildung des Reichstagspräsidiums zusammen. Einmütig und entschieden mißbilligte man die Tatsache, daß nationalliberale Stimmen bei der Wahl des ersten Präsidenten auf den Führer der Sozialdemokratie, den Abgeordneten Hebel, gefallen seien. Man sprach die Erwartung aus, daß bei der Wahl am nächsten Mittwoch keine nationalliberale Stimme auf einen Sozialdemokraten als ersten Präsidenten fallen und daß kein Großblockpräsidium geschaffen würde. Dieser Erwartung gab man durch ein Telegramm an die Reichstagsfraktion Ausdruck.

Die Haltung der Konservativen.

Zu der Behauptung des „Hannoverschen Kuriers“, bei der Niederlegung des Präsidentenamtes durch den Abgeordneten Spahn hätten die beiden Alliierten vom Zentrum-Blauen Block gemeinsam gearbeitet mit der Absicht, die Nationalliberalen in ein Großblockpräsidium einzubringen, schreibt die „Kreuzzeitung“: „Wir können nach unserer Kenntnis der Dinge versichern, daß dies alles reine Phantasie ist, sowohl die Annahme des Präsidiums durch den Abgeordneten Spahn wie dessen Rücktritt ist rein interne Angelegenheit des Zentrums gewesen. Die konservative Fraktion hat sich um die ganze Angelegenheit nicht mehr gekümmert, als der Sozialdemokrat gewählt worden war, und sie hat auch fernerhin kein Interesse mehr an der Zusammenfassung eines Präsidiums, in das ein Sozialdemokrat gewählt worden ist.“

Das Zentrum.

Die „Germania“ betont mit aller Entschiedenheit, daß der Rücktritt Spahns aus dem Präsidium nur darauf zurückzuführen sei, daß das Zentrum ebenso wie die Konservativen es ablehnen, neben einem Sozialdemokraten, der die Erfüllung der ihm obliegenden Repräsentationspflichten verweigert, eine Stelle im Präsidium, und wäre es auch die erste Stelle einzunehmen. An anderer Stelle hebt sie hervor, daß der Rücktritt Spahns keinesfalls darauf zurückzuführen sei, daß er habe fürchten müssen, bei der definitiven Wahl des Präsidiums nicht wiedergewählt zu werden.

Wie, deutscher Spione in England behandelt werden.

In Manchester hat man jetzt dem Deutschen Heinrich Grobe wegen Spionage den Prozeß gemacht. Er war unter der sensationellen Behauptung verhaftet worden, er sei deutscher Offizier; Grobe entpuppte sich aber als ein Abenteuerer mit ziemlich dunkler Vergangenheit. Die Anklage hielt ihm vor, sich in Portsmouth an verbotenen Plätzen aufgehalten und versucht zu haben, sich über die Kohlenvorräte in Portsmouth Aufschlüsse zu verschaffen. Ferner soll er mit einem gewissen Peterjen in Verbindung gestanden haben. Drei Briefe Peterjens, zum Teil kryptisch, sind beschlagnahmt worden. Der Generalsstaatsanwalt betonte in der Behandlung, daß Grobe's Informationen im Kriegsfall dem Feinde von Nutzen sein würden. Der Angeklagte ist schließlich vom Gerichtshof der Spionage für schuldig befunden und, wie schon gemeldet, zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

In seiner Verteidigungsrede erklärte Grobe, er sei aus Gesundheitsrücksichten nach Südenland gekommen. Vor seiner Abreise aus Deutschland seien ihm von deutschen Kohlenhändlern 5 Prozent Provision für Geschäfte, die er diesen im Falle eines Streiks im Kohlenbergbau verschaffe, versprochen worden. Bei der Verkündung des Urteils sagte der Richter, der Angeklagte sei durch das klare Beweismaterial eines Verbrechens überführt, auf das eine Höchststrafe von sieben Jahren stehe. Der Brauch des Spionierens rufe je nach der Schwere der Taten verschiedene Strafen hervor und jede diese an. Solche Provokationen müßten im Interesse beider Nationen beiderseits gänzlich aufhören. Eine schwere Strafe, die das einzige Abschreckungsmittel sei, müsse über alle Spione zum Besten aller Nationen verhängt werden. Er sei deshalb verpflichtet, den Angeklagten zu drei Jahren Zuchthaus zu verurteilen.

Man vergleiche damit das verhältnismäßig milde Urteil, das kürzlich vom Reichsgericht über den englischen Rechtsanwalt Stewart wegen des gleichen Vergehens verhängt worden ist! Dabei steht nicht einmal fest, daß Grobe wirklich ein Spion war; jedenfalls hat er auf eigene Faust gehandelt.

Deutsches Reich.

Dresden. (Aufhebung zweier katholischer Feiertage in Sachsen.) Vom bischöflichen Generalkonvent werden im Bereich des Apostolischen Vikariats im Königreich Sachsen und der Apostolischen Präfektur der sächsischen Lausitz die Feste Maria Verkündigung (25. März) und Maria Geburt (8. September) in Zukunft nur noch in der Kirche bzw. am darauffolgenden Sonntag gefeiert werden. Im übrigen gelten die bisherigen kirchlichen Feiertage auch fernerhin für die feierfesten Tage.

Berlin. (Zum deutsch-englischen Geheimvertrage, betreffend die portugiesischen Kolonien in Afrika.) Lucia Wolf gibt im Daily Graphic folgende Darstellung des Geheimvertrages vom Jahre 1898: Im Juli 1898 machte, nachdem gewisse auf Initiative Chamberlains mit Portugal geführte Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren, Deutschland in London detaillierte Vorschläge über eine Teilung der afrikanischen Kolonien Portugals, im Falle Portugal diese nicht halten könne oder abtreten wolle. Lord Salisbury war von dem Vorschlag anfänglich nicht sehr erbaud, gab aber dem Drängen Chamberlains nach und zeichnete den Vertrag, über den Wolfour und Graf Dapsfeldt verhandelt hatten. Der Vertrag sprach Kap Verde, Madaga und die Azoren England zu, Angola wurde zwischen England und Deutschland geteilt und ebenso Mosambik und die Dela-